



Presseschau vom 17.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

Dnr-online.ru: Die kommunalen Dienste haben oft mit den Problemen einer hohen Abnutzung des Wohnraums und der Infrastrukturnetze zu kämpfen. Darüber berichtete heute der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR.

„Ein großer Teil des Wohnraums der Republik sind Häuser aus den 40er-60er Jahren. Viele von ihnen brauchen grundlegende Renovierungen. Der gesamte Verschleiß des Wohnraums beträgt etwa 40%. Eine ähnliche Situation gibt es mit den kommunalen Netzen. Dies zieht eine hohe Störanfälligkeit und große Ausgaben für die Unterhaltung nach sich. Aber die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung verpflichtet uns, kommunale Dienstleistungen in vollem Umfang und in zuverlässiger Qualität bereitzustellen. Die kommunalen Dienste bemühen sich, operativ auf Probleme zu reagieren, wenn sie auftauchen“, sagte Sergej Naumez.

Er lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass das Fehlen grundlegender Investitionen in die Erneuerung und Rekonstruktion des Bereichs die Arbeit unserer Kommunalarbeiter erschwert hat. „In der Ukraine ist die Situation erheblich schlechter. Die Heizperiode ist dort durch eine wesentlich höhere Zahl an unangenehmen Überraschungen für die Bevölkerung gekennzeichnet“, sagte der Minister. So wurde in Smela am 12.2. wieder die Heizung wegen Gasschulden abgestellt. Und solange die Frage gerichtlich gelöst wird, friert die Bevölkerung weiter.

Nach seinen Worten hat sich die ukrainische Hauptstadt in dieser Heizperiode auch in eine Hauptstadt kommunaler Probleme verwandelt. Die Studenten der Schewtschenko-Universität

sind bis zum Frühjahr im Fernunterricht, weil keine Mittel für die Heizung da sind. Wegen eines Lecks in der städtischen Heizleitung ist im Kiewer Iwan-Gontschar-Museum ein Wassereinbruch erfolgt. Den Mitarbeitern des Museums ist es gelungen die Exponate zu retten, aber jetzt wird die Ausstellung für ein halbes Jahr geschlossen und für die Wiederherstellung werden etwa 40 Mio. Griwna benötigt.

de.sputniknews.com: Trump kommentiert Anklage gegen Russen – mit Kritik an Moskau: Donald Trump hat inzwischen auf die Anklage gegen 13 russische Bürger im Zusammenhang mit der angeblichen Einmischung in die US-Wahl reagiert. Der US-Präsident beteuert, dass sein Wahlkampfteam nichts Falsches gemacht habe und es keine Verschwörung gebe. „Russland hat seine antiamerikanische Kampagne noch 2014 begonnen, noch lange bevor ich angekündigt habe, bei der Wahl zu kandidieren. Es hat keinen Einfluss auf die Wahl gegeben. Die Trump-Kampagne hat nichts Falsches getan – keine Verschwörung“, schrieb der US-Präsident auf Twitter.

Auch das Weiße Haus hat einen Kommentar abgegeben: Der US-Staatschef freue sich, dass die Untersuchung des Sonderermittlers Robert Mueller zeige, dass es kein Komplott zwischen der russischen Regierung und dem Trump-Team gegeben habe.

In Moskau wies man die Anschuldigungen erneut als absurd zurück. Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte, Moskau „konnte sich in die US-Wahl nicht einmischen“ und habe dies auch nicht getan. Vielmehr gehe es darum, dass sich die Demokraten in den USA mit ihrer Niederlage nicht abfinden können und Trump das Leben schwer machen wollten, so der Minister weiter. Es gebe keinen einzigen Beweis für Russlands Einmischung. Die Äußerungen, wonach Russland „auf Trump gesetzt und verloren“ habe, seien reine Spekulation.

Am Freitag erhob die US-Justiz Anklage gegen 13 russische Bürger und drei Organisationen wegen der angeblichen Einmischung in die US-Wahl 2016. Ihnen wird „Verschwörung gegen die USA“ zur Last gelegt.

In der Anklageschrift wird behauptet, dass die russischen Bürger „diskreditierende Informationen“ über die Präsidentschaftskandidaten Hillary Clinton, Marco Rubio und Ted Cruz verbreitet sowie den demokratischen Kandidaten Bernie Sanders und den Republikaner Donald Trump unterstützt hätten. Die Angeklagten hätten sich zudem als US-amerikanische Organisationen und Aktivisten ausgegeben und Proteste in den USA veranstaltet. Die russischen Bürger hätten zudem „nichts ahnende“ Personen, die an Trumps Wahlkampagne beteiligt waren, kontaktiert.

Laut dem stellvertretenden US-Generalstaatsanwalt enthält die Anklageschrift jedoch keine Angaben dazu, dass die Handlungen der Angeklagten das Ergebnis der US-Wahl manipuliert haben sollen.

In den USA laufen noch immer Ermittlungen zu der angeblichen Einmischung Russlands in den US-Wahlkampf. Das FBI soll klären, ob es 2016 vor der US-Wahl Absprachen zwischen Russland und Trumps Wahlkampfteam gegeben hat. Der Kreml hat solche Vorwürfe bereits mehrfach als haltlos zurückgewiesen.

vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen wurden die Positionen in den Gebieten von **Nishneje Losowoje, Kalinowo und Kalinowka** beschossen.

Zerstörungen von Gebäuden und Verletzte unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **achtmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **vier Ortschaften** der Republik mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Lawrow zu Plänen der USA, nach Sieg über IS in Syrien zu bleiben: Die Absicht der USA, nach dem Sieg über die Terroristen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (auch IS, Daesh) weiterhin in Syrien zu bleiben, ist ein weiterer Beweis für ihre Unfähigkeit, zu einer Einigung zu gelangen. Dies erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow in einem Interview mit dem Fernsehsender „Euronews“.

Der Chefdiplomat habe betont, dass der Syrien-Dialog mit den Amerikanern dennoch recht pragmatisch sei:

„Wir versuchen trotzdem, sie zur Vernunft zu bringen, dass ihre früheren eidesstattlichen Versicherungen, sich nur für den Kampf gegen den IS in Syrien zu befinden, in Kraft bleiben müssen.“

Lawrow habe auch daran erinnert, dass die heutigen US-Pläne, in Syrien zu bleiben, den früheren Äußerungen des US-Außenministers Rex Tillerson widersprechen würden:

„Im Gegensatz zu dem, was der Außenminister Rex Tillerson mir sagte, erklären sie, dass sie in Syrien bleiben werden, nicht nur bis der letzte IS-Kämpfer dort vernichtet oder von dort vertrieben sein wird, sondern bis sich ein stabiler politischer Prozess etabliert hat und mit einem politischen Übergang (was ein Euphemismus für Regimewechsel ist) vollendet wird, dessen Ergebnisse den USA genehm sein werden.“

Solche „Beweise für die Unfähigkeit, zu einer Einigung zu gelangen“ seien in den letzten Jahrzehnten seitens der USA und ihrer westlichen Partner schon mehrmals beobachtet worden, unterstrich Lawrow.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31654/38/316543803.jpg>

de.sputniknews.com: Poroschenko will weltweites Verbot der russischen Flagge. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat Russland Versuche vorgeworfen, „die

Demokratie zu zerstören“, und erklärt, dass die russische Flagge „nirgendwo wehen darf“. Dies berichtete am Freitagabend der ukrainische TV-Sender TSN.

In seiner Rede auf der 54. Münchner Sicherheitskonferenz hat sich Poroschenko gegen die Durchführung der russischen Präsidentschaftswahl auf der Krim und ebenso gegen die Wiederherstellung der Vollmachten Russlands in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ausgesprochen. Das Nord-Stream-2-Pipelineprojekt bezeichnete der ukrainische Staatschef als „politische und energiewirtschaftliche Expansion“ Moskaus und als ein Projekt, das „mit Wirtschaftsinteressen nichts gemein hat“.

„Weder Politik noch Business dürfen getrennt von den Werten existieren. In Moskaus heutiger Politik hat ein ehrliches Spiel keinen Platz. Deshalb weht die russische Flagge nicht bei den Olympischen Winterspielen 2018“, erklärte Poroschenko.

Der Präsident der Ukraine hat Russland ferner beschuldigt, „einen hybriden Krieg entfesselt zu haben und ihn allmählich in einen Weltkrieg zu verwandeln“.

„Die Russische Flagge darf nirgendwo wehen, solange Russland fortfährt, einen weltweiten hybriden Krieg anzustiften und die russischen Kugeln auf unsere Symbole gezielt sind“, schloss er.

Russland hat inzwischen auf diese Äußerungen des ukrainischen Staatschefs reagiert. Die amtliche Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, spottete via Facebook, Poroschenko habe dem menschenleeren Saal in München die EU-Flagge gezeigt und überhaupt würde "er nie mit leeren Händen irgendwohin reisen". Sie erinnerte daran, wie er während seiner Reden den Anwesenden mal Reisepässe, mal sogar das Stück einer Busverkleidung demonstriert hatte.

Der erste Vizevorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus), Wladimir Dschabarow, kritisierte Poroschenkos Aufruf, die russische Flagge in aller Welt zu verbieten, ebenfalls. Er meinte, jener wolle, dass das Wort Russland überhaupt von der Landkarte verschwinde, doch dieser Wunsch werde nie in Erfüllung gehen. Dschabarow ergänzte, dass man sich auch in Europa allmählich dessen bewusst werde, in der Ukraine „eine nicht lebensfähige Macht“ unterstützt zu haben, die das Land in eine Sackgasse führe.

Kiew hatte Moskau zuvor wiederholt vorgeworfen, sich in die Angelegenheiten der Ukraine einzumischen. Russland verneint dies entschieden und bezeichnet diese Vorwürfe als unannehmbar. Moskau erklärt immer wieder, dass es keine Seite des innerukrainischen Konflikts sei und vor allem wolle, dass die Ukraine ihre politische und wirtschaftliche Krise überwindet.

Im Kreml hatte man auch die Beschuldigungen, Russland wäre angeblich an Hacker-Angriffen auf verschiedenste ausländische Strukturen beteiligt, entschieden als beweislos und unbegründet zurückgewiesen.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 8. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7, Schirokaja Balka, Michajlowka), Donezk (Volvo-Zentrum, Alexandrowka).**

Gestern Morgen geriet das Gebiet des Bergwerks 6/7 in Gorlowka unter Beschuss. Während des Beschusses wurden einige Häuser beschädigt:

- Otetschestwennaja-Straße 53/2 (Scheune);
- Otetschestwennaja-Straße 50/1 (Scheune);

- Otetschestwennaja-Straße 48 (Zaun);
- Diwnogorskaja-Straße 49 (Fensterverglasung).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 149. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 180.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Desintegration statt Reintegration: Lawrow zu Kiews Donbass-Plänen
Das sogenannte Gesetz über die Reintegration des Donbass ist laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow in Wirklichkeit ein Gesetz über die Desintegration, weil es der Logik des Minsker Abkommens widerspricht.

Die endgültige Version des Gesetzes sei zwar noch nicht veröffentlicht, aber laut den schon an die Öffentlichkeit gedruckten Varianten erlauben sie es den Sicherheitskräften, Menschen ohne ordentliches Gerichtsverfahren zu verhaften, gewaltsam vorzugehen, Unruhen zu unterdrücken und auch gegen Andersdenkende vorzugehen.

„Im Grunde genommen ist es ein Gesetz, ich würde sagen, über die Desintegration, weil es der Logik des Minsker Abkommens widerspricht, das die Wiederherstellung des geschlossenen sozialen, politischen und staatlichen Raumes durch den Dialog zwischen den Kiewer Behörden und diesem Teil des ukrainischen Staates fordert“, zitiert der TV-Sender Euronews den Chefdiplomaten.

Lawrow hat ebenso darauf hingewiesen, dass das so genannte Gesetz über die Reintegration das Minsker Abkommen in keiner Weise erwähne und die ukrainischen Streitkräfte und einen zu schaffenden gemeinsamen Operativstab mit Vollmachten der Kriegszeit ausstatte.

Laut dem internationalen Recht würden die Minsker Vereinbarungen in Kraft bleiben:

„Sie wurden mit einer bindenden Resolution des UN-Sicherheitsrats einstimmig gebilligt.

Keine ukrainischen Gesetze können wichtiger sein als die Entscheidung des UN-Sicherheitsrats. Alle unsere Gesprächspartner aus West- und Osteuropa, aus den USA, bestätigen die Notwendigkeit der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen“, so Lawrow weiter.

Im Januar hatte die Werchowna Rada ein Gesetz über die Reintegration des Donbass beschlossen, in dem Russland als „Aggressor-Land“ bezeichnet wird. Kiew wirft Moskau konsequent die Einmischung in die Angelegenheiten der Ukraine vor. Russland weist dies zurück und bezeichnet derartige Anschuldigungen als inakzeptabel. Moskau erklärte mehrmals, dass es an der politischen und wirtschaftlichen Überwindung der Krise in der Ukraine interessiert sei.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31805/70/318057020.jpg>

Dan-news.info: „Gestern um 22:30 Uhr wurde **Sachanka** beschossen. Dabei wurde eine Hauptgasleitung beschädigt, aber Spezialisten haben sie operativ repariert. Gegen Morgen wurden Schäden an Stromleitungen entdeckt, im Zusammenhang damit haben etwa 1500 Verbraucher in Leninskoje, Dershinskoje, Saitschenko und in der Konstituwijs-Straße in Kominternowo keinen Strom“, teilte die Bezirksverwaltung des Nowoasowskij-Bezirks der DVR mit.

Es ist geplant, die Stromversorgung in allen Ortschaften bis zum Ende des Tages wieder in Betrieb zu nehmen.

de.sputniknews.com: US-Admiral beschwört: Auf Krieg mit China gefasst sein.

Washington muss laut US-Admiral Harry Harris mit einer intensiven Vorbereitung auf einen Krieg gegen China beginnen, wie die britische Zeitung „The Guardian“ unter Verweis auf seine Rede im US-Kongress schreibt.

China stocke seine Militärmacht immerzu auf, und es sei zu erwarten, dass die chinesische Armee im Südchinesischen Meer stärker sein werde als die der USA, sagte Harris.

Der Admiral betonte laut der Zeitung, die USA würden das Offensichtliche übersehen und eine Bedrohung ignorieren. Die Politiker müssten sich mit aller Kraft darum bemühen, einen Krieg zu vermeiden, sich jedoch darauf vorbereiten.

Harris, der vor kurzem zum Botschafter der Vereinigten Staaten in Australien ernannt worden war, rief dazu auf, sich auf die Hilfe dieses Landes beim Eindämmen Chinas zu verlassen.

Unter den Gefahrenfaktoren nannte der Admiral den Bau von sieben Militärobjecten auf umstrittenen Inseln im Südchinesischen Meer seitens Chinas.

Die US-Marine hatte im Juli 2017 eine Reduzierung ihrer Überlegenheit auf dem Meer gegenüber Russland und China angekündigt. Wie im Februar 2018 aus dem Internationalen Institut für strategische Studien verlautete, vergrößere China erheblich die Zahl seiner Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge und sei Japan, Südkorea und Indien zusammengenommen darin überlegen.

Ukrinform.ua: Poroschenko und Mattis sprachen über weitere Schritte zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine.

Im Mittelpunkt des Gesprächs des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko mit dem US-Verteidigungsminister James Mattis standen die Lage in der Ostukraine, eine mögliche UN-Friedensmission im Konfliktgebiet, Sanktionen gegen Russland und die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine.

Das Treffen fand im Rahmen der Münchener Sicherheitskonferenz statt, meldet die Pressestelle des ukrainischen Staatschefs. An dem Treffen nahm auch der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine Kurt Volker teil.

Poroschenko bedankte sich laut der Pressestelle im Gespräch bei den USA für die Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine. Die Politiker hätten ihre Besorgnis angesichts der Versuche Russlands und der vom ihm kontrollierten Kämpfer, den Friedensprozess zu unterminieren, geäußert. Sie hätten auch die Notwendigkeit einer Friedensmission der Vereinten Nationen in der Ostukraine und der Fortsetzung der Russland-Sanktionen bis zur Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine betont.

Der Präsident der Ukraine dankte den USA auch für ihre Entscheidungen zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine. Das sei ein Signal an den Aggressor gegen seine Absichten zur Eskalation im Konfliktgebiet im Donbass. In diesem Zusammenhang erörterten Poroschenko und Mattis weitere Schritte zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine und betonten deren Bedeutung für die Entwicklung der strategischen Partnerschaft

zwischen beiden Ländern.

Mattis erklärte, die USA blieben Ansicht der Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine treu. Er habe auch Fortschritte der Ukraine bei der Reformierung des Sicherheits- und Verteidigungssektors festgestellt.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_02/thumb_files/630_360_1518858634-7551.jpeg

nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des Leiters des Pressedienstes der Streitkräfte der DVR Daniil Bessonow:

Die Lage in der Donezker Volksrepublik bleibt angespannt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner auf das Gebiet von **Alexandrowka** sowie auf das **Gebiet des Flughafens** 30 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert. Außerdem wurde mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Gorlowka** hat der Gegner auf das Gebiet von **Schirokaja Balka, Michajlowka und Gorlowka** (Bergwerk 6/7) fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert sowie ein Abwehrgeschütz und Granatwerfer eingesetzt. In Folge dieses Beschusses wurden vier Häuser in Gorlowka in der Otetschestwennaja-Straße 48; 50/1; 54/2 und in der Diwnogorskij-Straße 49 beschädigt. Zum Glück gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Insgesamt wurden **in den letzten 24 Stunden acht Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Zu der Zeit, in der Poroschenko in München versucht, die Weltöffentlichkeit vom Bestreben der Ukraine, im Donbass Frieden zu erreichen, zu überzeugen, erfüllt das Kommando der ukrainischen Streitkräfte weiter seine Befehle und tut alles, um den unsicheren Waffenstillstand in großangelegte Kämpfe zu überführen.

Heute Nacht haben die ukrainischen Besatzer einen **weiteren Angriff mit einer Diversions- und Terrorgruppe** unternommen. So versuchte eine Gruppe von acht ukrainischen Kämpfern aus der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Golowaschenko, von den Positionen im Gebiet von Peski aus einen Kampfangriff durchzuführen. Dank der Wachsamkeit unserer Verteidiger wurde der Gegner an den Zugängen zu den Positionen gestoppt. Durch Feuer mit Schusswaffen wurden mindestens zwei ukrainische Kämpfer vernichtet, zwei wurden verletzt. Einer der Diversanten, Wassilij Shemelinskij, der von seinen Kameraden auf dem Kampffeld zurückgelassen wurde, wurde gefangen genommen.

Bei der Unterhaltung mit ihm ergaben sich interessante Einzelheiten. Die ukrainischen Besatzer sitzen schon die zweite Schicht in den Schützengräben und warten auf Ablösung. Wegen der Untätigkeit blühen Alkoholismus und Drogensucht. So hat gestern eine Gruppe

Soldaten des 34. Bataillons der 57. Brigade nach dem Trinken von selbstgebranntem Alkohol beschlossen, sich vor der Abreise aus der Zone der sogenannten ATO Medaillen zu verdienen. Der gefangene ukrainische Kämpfer berichtete, dass Mörserschützen der 57. Brigade in einem solchen unzurechnungsfähigen Zustand Ortschaften der Republik beschießen.

Außerdem bestätigte er uns vorliegende Informationen, die wir bereits bekannt gegeben haben, dass eine Inspektion der Einheiten der Zone der sogenannten ATO durch eine Gruppe hochgestellter Offiziere aus den USA stattgefunden hat. Nach seinen Worten haben sie sich auf diese Inspektion sorgfältiger vorbereitet als auf einen Besuch von Generälen aus dem Generalstab der ukrainischen Streitkräfte. Sie wurden gezwungen neue Uniformen zu kaufen, sie haben schwere und defekte Technik versteckt. Aus dem Stab der Brigade gab es strenge Anweisungen, in die Augen der ukrainischen Kuratoren „Sand zu streuen“ und zu versuchen, den Anschein einer hohen Kampffähigkeit zu erwecken.

Der Gefangene erzählte über das äußerst negative Verhältnis der Zivilbevölkerung gegenüber den ukrainischen Besatzern, was mit der blühenden Kriminalität in den Reihen der ukrainischen „Verteidiger“ zusammenhängt. Wenn sie von den Positionen in den Stab des Bataillons oder der Brigade in andere Ortschaften gehen, ziehen die ukrainischen Soldaten, um ihr Leben und ihre Gesundheit zu bewahren, Zivilkleidung an, damit die menschliche „Dankbarkeit“ sie nicht erreicht.

In den Reihen der Soldaten der 57. Brigade wächst die Unzufriedenheit mit dem Präsidenten der Ukraine und der von ihm durchgeführten Politik, die das Land in den Abgrund führt. 70% der Soldaten unterstützen gegen die Regierung gerichtete Einstellungen in der Gesellschaft und sind bereit, eine Absetzung von Poroschenko zu unterstützen.

de.sputniknews.com: **Gabriel mit „Zuckerbrot und Peitsche“ gegenüber Russland**

In einer außenpolitischen Grundsatzrede hat der derzeitige deutsche Außenminister Sigmar Gabriel sich dafür ausgesprochen, aus der Eskalationslogik im Verhältnis zu Russland auszusteigen. Zugleich hat er Moskau wie auch Peking vorgeworfen, die internationale Ordnung zu destabilisieren. Die EU soll sich laut Gabriel mehr geopolitisch einmischen. „Berechenbarkeit und Verlässlichkeit sind derzeit anscheinend die knappsten Güter der internationalen Politik.“ Das stellte der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel am Samstag auf der Münchner Sicherheitskonferenz fest. Die Welt stehe weiter am Abgrund. Gründe dafür sind aus seiner Sicht das nordkoreanische nukleare Aufrüsten und der sechsjährige „Bürger- und Stellvertreterkonflikt in Syrien“.

Gabriel zählte dazu aber auch den „zunehmenden globalen Führungsanspruch Chinas“ sowie „die Machtansprüche Russlands“ und die „Renaissance von Nationalismus und Protektionismus“. Dadurch gebe es „massive Verschiebungen in unserer Weltordnung mit dauerhaften unabsehbaren Konsequenzen“.

Der deutsche Außenminister unterstellte China und Russland, „permanent die Geschlossenheit der Europäischen Union zu testen und auch zu unterlaufen“. Einzelne Staaten oder Gruppen würden mit „Zuckerbrot und Peitsche“ getestet, ob sie aus der EU herausgebrochen werden könnten. „Niemand sollte versuchen, die EU zu spalten, nicht Russland, nicht China – aber auch nicht die Vereinigten Staaten!“...

(vollständiger Artikel unter <https://sptnkne.ws/gKtZ>)

Dan-news.info: „In Sachanka wurden die Schäden durch Splitter an einer Niederdruckgasleitung des Durchmessers 86mm vollständig beseitigt, die in Folge des Artilleriebeschusses am Abend des 16. Februar entstanden waren. Seit Beginn des Jahres ist das in dem Dorf schon der vierte Fall von Beschädigung des Gasnetzes durch

Artilleriebeschuss“, teilte der Pressedienst des staatlichen Konzerns Donbassgas mit.

ukrinform.ua: Zwei verletzte Soldaten in der Ostukraine.

Im Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) ist gestern ein ukrainischer Soldat verwundet worden. Ein weiterer Armeeeingeböriger erlitt Kampfverletzungen.

Das teilte der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die Antiterror-Operation, Maxim Prauta, in einem Briefing am Samstag mit. Ein Soldat sei schwer verletzt worden. Der Zustand des anderen sei zufriedenstellend.

Lug-info.com: 3. Kongress der gesellschaftlichen Bewegung Mir Luganschtschine (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Heute fand in Lugansk der 3. Kongress von ML statt, an dem 107 Delegierte teilnahmen. Die Delegierten stimmten einstimmig für die vorzeitige Beendigung der Amtszeit des bisherigen Vorsitzenden von ML des ehemaligen Republikoberhauptes Igor Plotnizkij und wählten ebenfalls einstimmig das jetzige Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik zum Vorsitzenden der Bewegung.

„Vor allem möchte ich allen für die Unterstützung und das Vertrauen danken“, sagte Pasetschnik.

Er unterstrich, dass die große Zahl von Mitgliedern der Bewegung es erlaubt, der ganzen Welt zu zeigen, dass „wir nicht ein Grüppchen aggressiver Abtrünniger und Außenseiter sind, wie es die feindliche Propaganda zu beweisen versucht, sondern ein Volk mit einer Meinung und Rechten, die berücksichtigt werden müssen“.

„Heute haben wir uns versammelt, um Pläne für unsere Arbeit in der nächsten Zeit zu beschließen. Dabei ist es sehr wichtig zu wissen, dass die Zeit neue Herausforderungen bringt, die Situation im Inneren der Republik und um sie herum verändert sich zügig. In diesem Zusammenhang ist es unsere Aufgabe, effektiv auf diese Veränderungen zu reagieren und gemäß der aktuellen Lage zu handeln. Mit anderen Worten, schlecht ist der General, der sich auf den vergangenen Krieg vorbereitet“, sagte Pasetschnik.

Er fügte hinzu, dass ML den Staatsaufbau und die Vervollkommnung der politischen Institutionen der Republik fortsetzt. Nach seiner Auffassung ist es in erster Linie notwendig, die Gesetzgebung zu entwickeln, was es erlauben würde, die Integration mit der RF zu befördern.

„Ich bin vor relativ kurzer Zeit kommissarisches Oberhaupt geworden und auf mir ruht schon jetzt eine große Verantwortung. Aber es steht viel Arbeit bevor, die nicht wenig Kräfte und Zeit benötigt, und ich gehöre nicht zu denen, die eine Sache halb erledigt liegen lassen. Deshalb erkläre ich verantwortlich, dass ich beabsichtige im Herbst an den Wahlen als Kandidat für das Amt des Oberhauptes der LVR teilzunehmen, um die vor uns stehenden Aufgaben in vollem Maße zu erfüllen“, erklärte Pasetschnik weiter.

Die gesellschaftliche Bewegung Mir Luganschtschine wird auch an den Wahlen zum Volkssowjet der LVR im Herbst teilnehmen.

„In diesem Herbst e dieses Jahres rwartet uns ein sehr wichtiges politisches Ereignis. Die Republik muss ein weiteres Mal ihre Zuverlässigkeit als Staat zeigen und zum zweiten Mal in unserer Geschichte Wahlen zum Volkssowjet und zum Republikoberhaupt durchführen“, sagte Pasetschnik.

„Wenn wir diese Strategie realisieren, werden wir den Menschen zuhören, ihre Probleme erfahren, wissen, wohin wir in erster Linie unsere Kräfte und Ressourcen richten müssen. Ich bin überzeugt, dass es ein solches Herangehen erlauben wird, eine der hauptsächlichen politischen Aufgaben des Jahres zu erfüllen – eine maximale Beteiligung und Siege von Mitgliedern der Bewegung bei den kommenden Wahlen zu erreichen, eine bereite Vertretung

unserer Mitglieder in den Staatsorganen zu gewährleisten“, fügte Pasetschnik hinzu. Außerdem wurde ein neuer republikanischer Rat der Bewegung, bestehend aus 33 Personen, gewählt.

de.sputniknews.com: **Flagge ukrainischer Nationalisten über Kiew?**

Die Ständige Kommission des Kiewer Stadtrates (Kiewrada) für örtliche Selbstverwaltung hat vorgeschlagen, die ukrainischen Amtsgebäude mit der rot-schwarzen Flagge der Organisation ukrainischer Nationalisten (OUN) zu beflaggen. Dies meldet die Webseite der Behörde am Samstag.

Die OUN-Flagge soll gemeinsam mit der ukrainischen Nationalflagge 13 Mal im Jahr gehisst werden – konkret „an den mit den bedeutenden Ereignissen des nationalen Befreiungskampfes und des Heldengedenkens verbundenen Tagen“.

Zu den Gedenktagen zählen demnach der Geburtstag von Stepan Bandera (1. Januar), der Todestag (5. März) und Geburtstag (30. Juni) des Oberbefehlshabers der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) Roman Schuchewitsch sowie der Gründungstag der UPA (14. Oktober).

Dennoch wird betont, dass die Liste der Daten „nicht vollständig“ sei und die OUN-Flagge auch „an anderen Tagen“ gehisst werden könne.

Zuvor wurde in der ukrainischen Stadt Ternopol beschlossen, an Feiertagen die Flagge der UPA zusammen mit der Nationalflagge der Ukraine zu hissen. Dies ist als Reaktion auf die Verabschiedung des umstrittenen Gesetzes über das Institut für Nationales Gedenken in Polen zu verstehen, das unter anderem die strafrechtliche Verfolgung für die öffentliche Unterstützung der „Bandera-Ideologie“ vorsieht.

Nach der Version der polnischen Seite wurden in den Jahren 1943 bis 1945 von Anhängern der 1942 gegründeten Ukrainischen Aufständischen Armee (OUN-UPA) Massenmorde an der polnischen Bevölkerung in Wolhynien verübt. Polen spricht von einem Genozid und verurteilt deshalb die Heroisierung der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) durch Kiew. Die Verbrechen der ukrainischen Nationalisten während dieser Zeit werden als ethnische Säuberungen gewertet. Dabei wurden fast 100.000 Polen ermordet.

Stepan Bandera (1909-1959) hatte an der Wiege der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) gestanden. Am 14. Oktober 1942 wurde auf Beschluss der OUN die „Ukrainische Aufständische Armee“ (UPA) als deren Militärarm ins Leben gerufen. Die beiden Nationalistenorganisationen hatten im Zweiten Weltkrieg in der Westukraine zuerst gegen die Wehrmacht und dann gegen die Sowjetarmee und andere Staaten der Anti-Hitler-Koalition gekämpft.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31487/74/314877468.jpg>

Dan-news.info: Die Stromversorgung der Dörfer in Nowoasowskij-Bezirk im Süden der DVR ist nach dem Beschuss in der letzten Nacht wieder in Betrieb, teilte die Bezirksverwaltung mit.

de.sputniknews.com: **Mehr Rüstung als Antwort der EU auf die „Gefahr aus dem Osten“**. Das „Problem Russland“ beschäftigt auf der Münchner Sicherheitskonferenz (MSK) immer wieder EU-Politiker wie Polens Premier Mateusz Morawiecki. Wiederholt wird eine „deutliche Erhöhung“ der Militärausgaben für EU-Staaten gefordert, auch als Antwort auf die „russische Frage“. Österreichs Kanzler Sebastian Kurz plädiert unterdessen für Nord Stream 2...

(vollständiger Artikel unter <https://sptnkne.ws/gKwQ>)

ukrinform.ua: Klimkin und Volker sprechen über Lage in der Ostukraine.

Der Außenminister der Ukraine, Pawlo Klimkin, hat mit dem US-Sonderbeauftragten für die Ukraine, Kurt Volker, die Verschärfung der Lage in der Ostukraine und eine mögliche Friedensmission der Vereinten Nationen im Donbass besprochen.

Das gab die Sprecherin des ukrainischen Außenamtes Marianna Betsa auf Twitter bekannt. Sie nannte das Treffen „wichtig und positiv“. Das Treffen fand im Rahmen der Sicherheitskonferenz in München statt.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **viermal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Kalinowo, Nishneje Losowoje und Kalinowka**. Dabei verwendeten die ukrainischen Truppen 120- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen.

Insgesamt wurden mehr als 90 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Die ukrainischen Streitkräfte verletzen weiter die Bedingungen zur Stationierung von Militärtechnik in der Nähe der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, und konzentrieren weiter das Potential ihrer Einheiten in der „ATO“-Zone.

Nach unseren Informationen wurde in Solotoje getarnte Raupenpanzertechnik der ukrainischen Streitkräfte beobachtet, namentlich Panzer, Artilleriegeschütze und Schützenpanzer.

Im Verantwortungsbereich der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte werden Maßnahmen zur Tarnung von durch die Minsker Vereinbarungen verbotener Militärtechnik, die sich an den Frontpositionen befindet, durchgeführt, um sie vor den OSZE-Beobachtern zu verbergen.

Außerdem wurde bekannt, dass sich im Verantwortungsbereich der 80. Luftsturmbrigade im Gebiet von Teploje, Staniza-Luganskaja-Bezirk, eine Einheit der ukrainischen Streitkräfte zur elektronischen Kriegführung aus dem Bestand der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ befindet.

Wir erhöhen weiter planmäßig das Niveau der Professionalität und die Fähigkeiten zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung und zur Sicherheit des Volkes der Republik.

Heute wurde eine unangekündigte Überprüfung der Benachrichtigungs-, Koordinations- und Kommunikationssysteme der Volksmiliz der LVR durchgeführt. Die Systeme funktionieren

zuverlässig. Das Personal der Einheiten der Volksmiliz der LVR hat eine hohe Kampffähigkeit gezeigt.

In dieser Woche haben wir taktische Spezialübungen mit Mannschaften von Werkstätten zur Reparatur von Panzern durchgeführt. Die Soldaten der Reparaturoinheiten haben gute Ergebnisse gezeigt. Außerdem wurden Trainings zum Aufbau eines Militärhospitals unter Feldbedingungen durchgeführt. Die Spezialisten der medizinischen Einheiten haben die gestellten Aufgaben bewältigt und gute Kenntnisse gezeigt.

Wir haben weitere Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte entdeckt.

Das Kommando der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte hat eine administrative Untersuchung aufgrund der Verletzung von drei Soldaten der Brigade durchgeführt. Die Soldaten wurden im Gebiet von Katerinowka durch unvorsichtigem Umgang mit einer Granate in stark betrunkenem Zustand verletzt. Dieser Vorfall wird traditionsgemäß gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

Während der Vorbereitung einer weiteren Provokation starben im Gebiet von Swetlodarsk drei Soldaten des 1. Bataillons der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte bei der Installation von Minensperren, weitere drei wurden schwer verletzt. Der Name eines der Toten wurde herausgefunden – der Soldat Rjabenko.

de.sputniknews.com: So viel kosteten antirussische Sanktionen Europa:

Der Chef des Russischen Fonds für Direktinvestitionen (RFPI), Kirill Dmitrijew, hat mitgeteilt, wie viel Geld das europäische Unternehmertum wegen der gegen Russland verhängten Sanktionen bereits einbüßen musste.

„Das europäische Unternehmertum hat nach unserer Einschätzung schon rund 100 Milliarden Euro wegen der Sanktionspolitik verloren“, so Dmitrijew am Samstag.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hatten sich wegen der Situation auf der Krim und in der Ukraine verschlechtert. Ende Juli 2014 waren die EU und die USA von Einzelsanktionen gegen Privatpersonen und Unternehmen zu einschränkenden Maßnahmen gegen ganze Sektoren der russischen Wirtschaft übergegangen. Russland verbot im Gegenzug die Einfuhr von Lebensmitteln aus den USA, den EU-Ländern, Kanada, Australien und Norwegen.

Ukrinform.ua: EU-Kommissionschef Juncker verspricht der Ukraine mehr Unterstützung. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat der Ukraine für das Jahr 2018 mehr Unterstützung auf ihrem Weg der Systemreformen und der Umsetzung des Assoziierungsabkommens zugesagt.

Das erklärte der EU-Politiker bei seinem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten, Petro Poroschenko, im Rahmen der Münchener Sicherheitskonferenz, meldet die Pressestelle des Staatschefs. Gegenstand des Gesprächs seien auch das Vierte Programm der EU-Finanzhilfe für die Ukraine und Wege zur Realisierung der Initiative Östliche Partnerschaft gewesen. Poroschenko und Juncker hätten auch über Reformen in der Ukraine gesprochen. Der Präsident der Ukraine betonte im Gespräch die Wichtigkeit der unabhängigen Antikorruptionsbehörden im Land, darunter des unabhängigen Antikorruptionsgerichts.

Lug-info.com: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über einen Anschlag auf die Staatliche Fernseh- und Rundfunkgesellschaft der LVR

„Am 16. Februar dieses Jahres um 22:00 Uhr gab es auf dem Territorium der staatlichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft den Versuch einer Diversion“, teilte die Leiterin des

Zentrums für Verbindungen mit der Öffentlichkeit des Staatssicherheitsministeriums der LVR Jewgenija Ljubenko mit.

„Nicht identifizierte Personen haben versucht, das Benachrichtigungssystem für die Zivilbevölkerung, das zur Information der Bürger Republik in Notfällen, dem Beginn von Kämpfen und Beschuss vorgesehen ist, zu beschädigen“, sagte sie.

„Im Fall einer Realisierung des Plans der Diversanten wäre die Arbeit der Lugansker Fernseh- und Rundfunkgesellschaft unterbrochen worden. Dieser Fall zeugt von der Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte auf eine Wiederaufnahme der Kämpfe“, unterstrich sie.

„Zu diesem Sachverhalt wurde ein Strafverfahren nach § 342 Strafgesetzbuch der LVR „Diversant“ eingeleitet, und gemeinsam mit dem Innenministerium werden weitere operative Ermittlungsmaßnahmen durchgeführt“, fügte sie hinzu.

„Durch das Kommunikationsministerium wurde alles innerhalb kürzester Zeit wieder in Ordnung gebracht“, teilte der stellvertretende Kommunikationsminister Perschikow mit. „Wir bewerten die Risiken real, deshalb wird das System jetzt unter ernsthafte Kontrolle genommen. Ich bin überzeugt, dass die Rechtsschutzorgane ihre Schlüsse ziehen und in kürzester Zeit die Verantwortlichen bestraft werden“.

Das Innenministerium der LVR teilte später mit, dass eines der technischen Objekte der Fernseh- und Rundfunkgesellschaft mit Granatwerfern vom Typ RPG-26(22) beschossen wurde.

de.sputniknews.com: Lawrow: **Moskau weiter für gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Westen.**

Tilo Gräser

Auf der derzeitigen Münchner Sicherheitskonferenz wird seit Freitag immer wieder Russland für viele Probleme verantwortlich gemacht. Dem hat Außenminister Sergej Lawrow deutlich widersprochen. Moskau wolle weiter mit der EU und dem Westen zum gegenseitigen Vorteil zusammenarbeiten und die Uno stärken, so Lawrow.

Sergej Lawrow, Außenminister Russlands, erklärte am Samstag auf der Münchner Sicherheitskonferenz (MSK), Moskau sei weiter bereit, mit dem Westen offen und gleichberechtigt zusammenzuarbeiten. Russland sei an einer stabilen EU interessiert, auch als globaler Akteur. Damit widersprach er deutlich all jenen, die auf der Konferenz wiederholt behaupten, Russland bedrohe angeblich den Westen und dessen liberale Ordnung. Das ist auf der MSK, die am Freitag startete, immer wieder in verschiedenen Varianten offen oder versteckt zu hören.

Lawrow gehört seit mehreren Jahren zu den regelmäßigen Teilnehmern der Münchner Konferenz. Er erinnerte zu Beginn seiner Rede daran, beim Blick auf die heutigen internationalen Probleme die Geschichte nicht zu vergessen. So wies er darauf hin, dass in der bayrischen Landeshauptstadt 80 Jahre zuvor der Westen mit den deutschen Faschisten ein Abkommen schloss, weil Letztere behaupteten, sie würden nur Russland aus Europa hinauswerfen wollen. „Die Tragödie bestand darin, dass den Nazis geglaubt wurde.“ Der russische Außenminister wandte sich gegen heutige Versuche, die historische Wahrheit des Zweiten Weltkrieges zu verfälschen „und ähnliches zu versuchen“. Er kritisierte, dass teilweise versucht werde, die Nazis zu rehabilitieren. Das geschehe teilweise auch in der EU, während das „Andenken derer zerstört wird, die den Faschismus besiegt haben“.

Moskaus Vorschläge blieben ungehört

Russland habe sich nach dem Ende der Sowjetunion 1991 lange Zeit für eine „Architektur der Gleichheit und gemeinsamen Sicherheit“ im euro-atlantischen Raum stark gemacht. Das militärische Potenzial im Westen des Landes sei reduziert worden. Zudem habe sich Moskau eingesetzt, europäische Institutionen wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu stärken. Ziel sei eine gemeinsame Struktur der europäischen Sicherheit

gewesen, einschließlich eines Dialogs dafür. „Doch oft wurden wir da nicht gehört“, stellte Lawrow fest.

Er erinnerte an das nicht eingehaltene Versprechen des Westens, die Nato nicht nach Osten zu erweitern. „Es wird Propaganda einer Konfrontation mit Russland verbreitet“, bedauerte der Außenminister die wiederholten Behauptungen über den wachsenden negativen Einfluss Russlands. Das sei auch im aktuellen MSK-Report der Fall.

Russland sei immer an einer Partnerschaft mit der EU interessiert gewesen, auch um gemeinsame Probleme lösen zu können. Es habe auf positive Motive gesetzt und gehofft, dass das nicht in russlandfeindliche Haltungen umschlage. Die Ergebnisse heute seien aber anders. Dazu zählte Lawrow auch, dass die Ukraine vor etwa fünf Jahren von der EU vor die Alternative „Europa oder Russland“ gestellt wurde. Zudem sei der Staatsstreich in Kiew am 21. Februar 2014 unterstützt worden.

Ukraine-Krise gemeinsam lösen

Moskau wolle, dass die Ukraine-Krise gelöst werde, und mache sich für die Einhaltung der Abkommen von Minsk stark. Allerdings sabotiere Kiew gegenwärtig die Gespräche im Normandie-Format und suche anscheinend wieder eine militärische Lösung des Konflikts. Die Politik der EU und des Westens habe ebenso wie der Versuch, auf Russland Druck auszuüben, den Kontinent nicht sicherer gemacht. „Das Konfliktpotenzial steigt. Wir haben überall neue Krisen.“ Das sei auch global der Fall, so Lawrow: „Die Politik des Westens, sich in anderen Ländern einzumischen und ihnen ein Entwicklungsmodell aufzustülpen, hat nicht zu Verbesserungen geführt, sondern war kontraproduktiv. Wir sehen ein Ansteigen des internationalen Terrorismus, illegale Migration und damit einhergehende Probleme.“

Erst „Schüler des Westens“ – nun neue Gefahr aus dem Osten

Das müsse beachtet werden bei der Frage, wie die aktuelle Situation zwischen der EU und Russland sich herausbildete. Russland habe immer das Ziel einer Entwicklung zum beiderseitigen Vorteil gehabt und sich immer darum bemüht. Es sei nicht Moskaus Schuld, dass keine starke und sichere strategische Partnerschaft aufgebaut werden konnte.

Während in den 1990er Jahren Russland als „Schüler des Westens, dem erst beigebracht werden müsse, wie die westlichen Werte funktionieren“, gesehen wurde, gelte es jetzt als Bedrohung, stellte Lawrow fest. „Dabei gibt es doch so viele andere Bedrohungen“, erinnerte er die EU an ihre inneren Probleme wie Brexit und andere. Es werde nicht versucht, andere Länder zu verstehen.

Angebot für Zusammenarbeit erneuert

Zunehmend werde selbst in der EU deren Politik gegenüber Russland kritisch gesehen, so der russische Außenminister. Diese habe sie sogar gelähmt. Lawrow stellte klar: „Wir haben unseren Ansatz nicht geändert. Wir möchten weiterhin mit der EU zusammenarbeiten. Das ist im gegenseitigen Interesse verwurzelt.“ Das gelte auch für die Wirtschaftsbeziehungen und für die Zusammenarbeit zum Beispiel im Nahen Osten. In dieser Region gehe es darum, die legitimen Interessen aller Länder anzuerkennen und sie nicht nur aus geopolitischer Sicht des Westens oder Russlands zu betrachten, erklärte der Minister auf eine Frage des MSK-Vorsitzenden Wolfgang Ischinger.

Lawrow sprach sich für eine „berechenbare, starke EU“ aus, die ein „verantwortungsvoller Akteur“ weltweit sei. „Wir sollten nicht versuchen, gegen die Geschichte anzukämpfen. Das System unserer weltweiten Beziehungen muss ein gerechtes System sein, mit einer entsprechenden Rolle der Uno.“ Moskau sei bereit für einen offenen und respektvollen Dialog mit der EU, den USA und anderen Ländern. „Das Potenzial der Zusammenarbeit mit der EU sollten wir nutzen, um gemeinsam Frieden, Gleichheit und Sicherheit zu schaffen. Davon können wir auch wirtschaftlich profitieren.“

Der russische Außenminister traf sich am Rande der MSK unter anderem mit seinem deutschen Amtskollegen Sigmar Gabriel und Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31958/46/319584630.jpg>

ukrinform.ua: Im Donbass starben in diesem Jahr 21 ukrainische Soldaten – Poroschenko
Seit Beginn des Jahres 2018 wurden im Gebiet der Antiterroristenoperation 21 ukrainische Soldaten getötet und 19 verletzt.

Das erklärte Präsident Petro Poroschenko während des „Ukrainischen Mittagessens“ in München.

„Wir haben seit Anfang 2018 nur 21 Soldaten verloren, 19 weitere wurden verletzt“, sagte Poroschenko .

Wie Ukrinform schon berichtete, ist die ukrainische Delegation unter der Leitung von Präsident Petro Poroschenko am 16. und 17. Februar zu einem Arbeitsbesuch in Deutschland, wo er an der 54. Münchner Sicherheitskonferenz teilnimmt.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen bereiten einen groß angelegten Angriff im Donbass vor, sie konzentrieren Kräfte und Mittel entlang der Abgrenzungslinie und haben ihre Diversions- und Erkundungsgruppe aktiviert. Dies erklärte heute der Staatssicherheitsminister der LVR Anatolij Antonow.

Er unterstrich, dass die LVR ihre Verpflichtungen bezüglich der Minsker Vereinbarungen und den Vereinbarungen zu einer Feuereinstellung folgerichtig erfüllt.

„Aber die ukrainische Seite zeigt etwas anderes. Die ukrainischen Streitkräfte erproben weiter die Verteidigungsfähigkeit der Streitkräfte der LVR, sie führen militärische Provokationen mit Durchbruchversuchen an einzelnen Abschnitten der Abgrenzungslinie durch“, sagte Antonow. Der Minister berichtete, dass das MfS der LVR über Informationen über Verlagerungen von Militärtechnik durch die ukrainischen Streitkräfte und deren Konzentration an der Abgrenzungslinie verfügt. Dabei befinden sich in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte ausländische Militärinstrukteure, es findet eine Aktivierung von Diversionsgruppen statt.

„Der erfolglose Diversionsakt in Lugansk, dessen Ziel das Benachrichtigungssystem für die Zivilbevölkerung der LVR bei Notfällen und der Wiederaufnahme von Kämpfen, Radio- und Fernsehsender war, zeugt davon, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte Schritte zur Vorbereitung eines groß angelegten Angriffs im Donbass unternimmt“, unterstrich er.

„Die Unterbrechung der Funktion des Benachrichtigungssystems des Zivilschutzministeriums, die Neutralisierung der Radio- und Fernsehsender, die zur rechtzeitigen Information der Zivilbevölkerung über einen Notfall vorgesehen sind, war darauf gerichtet, die Evakuierung der Zivilbevölkerung der Republik im Fall der Wiederaufnahme groß angelegter Kämpfe zum Scheitern zu bringen.

„Das MfS führt gemeinsam mit dem Innenministerium der LVR operative Maßnahmen zur Verhütung von Diversionsaktivitäten durch. In der Sperrstunde arbeiten die militärischen

Einrichtungen der LVR in verstärktem Maße“, sagte der Minister.

„Wir wenden uns an die Einwohner der LVR mit der Bitte, nicht in Panik zu geraten und keinen provokativen Gerüchten zu glauben, die von ukrainischen Spezialdiensten durch die von ihnen kontrollierten Medienressourcen verbreitet werden“, sagte Antonow.

„Das MfS verweist auf Fakten, die von der Vorbereitung von Angriffshandlungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zeugen und rufen die Vertreter der OSZE-Mission auf, ihre Aufmerksamkeit auf die Angriffsvorbereitungen der Ukraine zu richten“, fügte er hinzu.

de.sputniknews.com: Ukraine: Medien fordern von Poroschenko Stopp der Attacken gegen Pressefreiheit.

Die Chefs und Redakteure der ukrainischen Medien haben in einem Appell der Mediagruppe „Era-Media“ den Präsidenten Petro Poroschenko aufgefordert, die Vernichtung der Pressefreiheit im Lande zu stoppen.

Diesen Appell haben bereits der Generaldirektor der Media Holding „ZIK“, der Generaldirektor des TV-Senders „NewsOne“, der erste Vize-Generaldirektor des TV-Senders „112 Ukraina“ sowie der Chefredakteur von „Era-Media“ unterschrieben.

Laut den Journalisten hat das Ausmaß der Gefahr für die Pressefreiheit in der Ukraine eine kritische Grenze erreicht: Im vergangenen Jahr hätten gesellschaftliche Organisationen fast 300 Verstöße in dieser Sphäre fixiert.

„Die Anwendung von physischer Gewalt gegen unsere Kollegen, die Brandstiftungen in Redaktionen, Festnahmen, Haussuchungen, Überfälle paramilitärischer Formationen, Attacken einer Armee von Internet-Bots, der Druck seitens der Rechtsschutzorgane, des Fiskus und anderer Organe – das ist nur eine unvollständige Liste der ‚Argumente‘ der Macht im Dialog mit den Medien“, heißt es in dem Appell.

Die Chefs der Media-Gruppen verlangen vom Präsidenten Maßnahmen zur Einstellung des Drucks auf die Medien sowie „Erklärungen hinsichtlich der Einmischung des Staatsoberhauptes oder seiner Untergebenen in die Tätigkeit zur Erteilung von Lizenzen, zur Organisation von Überprüfungen“.

Ebenso baten sie Poroschenko, die Vertreter der Macht aus dem Nationalen Rat für Fernsehen und Rundfunk abuberufen, da sich die faktischen Pflichten dieses Organs auf die Zensur, auf ständige außerplanmäßige Überprüfungen und eine Erpressung der Redaktionen bei Verlängerung ihrer Lizenzen beschränken würden.

Die Autoren des Appells sind der Ansicht, dass die Generalstaatsanwaltschaft in der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Aufklärung von Verbrechen gegen Journalisten ablegen und ebenso die Fälle von Druckausübung auf Mitarbeiter der Medien prüfen müsse.

Die Journalisten wandten sich schließlich auch an die diplomatischen Vertretungen der USA und der europäischen Länder, ihnen bei der Organisation eines Rundtischgesprächs zum Thema „Tag der Presse-Unfreiheit in der Ukraine“ unter der Schirmherrschaft des Kongresses der USA, der parlamentarischen Versammlung des Europarates, des Europarates und des Europäischen Parlaments zu helfen.

Anfang Januar hatte der Chefredakteur des regierungskritischen Webportals Strana.ua, Igor Guschwa, die Ukraine verlassen und in Österreich wegen „des Drucks vonseiten der Behörden“ politisches Asyl beantragt. Eigenen Worten zufolge habe er in der Heimat Androhungen physischer Gewalt und Morddrohungen bekommen. Die ukrainischen Rechtsschutzorgane hatten zwei Strafverfahren gegen Guschwa eingeleitet – wegen Erpressung und Steuerhinterziehung.

In der vergangenen Woche hatten ukrainische Sicherheitsbehörden bei einer Razzia in Kiew die Büros der Medienholding „Vesti Ukraine“ gestürmt und blockiert. Leute in Masken hatten sich in den Räumlichkeiten der Redaktion verbarrikadiert und später gegen deren Mitarbeiter Tränengas eingesetzt. Die Nationale Agentur der Ukraine für Korruptionsprävention erklärte

in diesem Zusammenhang, sie habe das Vesti-Büro auf Gerichtsentscheidung hin unter ihre Kontrolle genommen. Die Journalisten forderten die Bestrafung der Schuldigen an der Plünderung und Behinderung der journalistischen Tätigkeit, ebenso den Rücktritt des Chefs dieser Anti-Korruptions-Behörde.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31692/78/316927888.jpg>

Lug-info.com: „Vertreter von Massenmedien haben eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit. „Um 16:00 Uhr haben ukrainische Soldaten einen Beschuss der Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von **Sokolniki** aus Richtung Krymskoje durchgeführt“.

de.sputniknews.com: Kinder verängstigt: Nationalisten stürmen russische Agentur in Kiew. Ukrainische Nationalisten haben am Samstag das Gebäude der russischen föderalen Agentur „Rossotrudnitschestwo“ in Kiew gestürmt, als dort Kinder ein Theaterstück probten. Das meldet das Nachrichtenportal Strana.ua unter Berufung auf Augenzeugen. Trotz der eingetroffenen Polizei hätten die Radikalen nicht aufgehört, Türen einzuschlagen bzw. sie mit Winkelschleifern aufzubrechen zu versuchen. Die Nationalisten sollen zudem Wände mit antirussischen Losungen beschmiert und eine russische Flagge zertrampelt haben. Auch die OSZE soll alarmiert worden sein. „Die Radikalen stürmten das Gebäude, richteten Sachschaden an, haben mit Gewaltanwendung gedroht. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich etwa 50 Kinder im Gebäude, sie sind sehr verängstigt“, sagte der Leiter der Agentur, Konstantin Worobjow. Der Überfall dauerte laut ihm etwa eine halbe Stunde. Die Radikalen veröffentlichten auf ihrer Facebook-Seite später ein Video von ihrer Aktion. Es ist nicht das erste Mal, dass die Vertretung der russischen Föderalagentur in Kiew überfallen wird. Im Sommer 2016 hatten Radikale das Gebäude mit Brandsätzen beworfen. „Rossotrudnitschestwo“ ist seit 2007 in der Ukraine vertreten. Die Aufgabe der Agentur ist die Entwicklung russisch-ukrainischer humanitärer Beziehungen.



https://scontent-frx5-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-0/p320x320/27973103_1505130346257925_4496042577270190914_n.jpg?oh=48a4c0b18610cf4b137a5d12fa571982&oe=5B07156B



https://scontent-frx5-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-0/p240x240/27973784_1505130349591258_5584101156121700865_n.jpg?oh=c5b71b05a66b4301a1affc4faa69e66e&oe=5B166B94

https://scontent-frx5-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-0/p240x240/27858628_1505130352924591_2924635125167931593_n.jpg?oh=8dbc11196646764fea338b34faa73a09&oe=5B1F08DA

Video: <https://www.facebook.com/c14news/videos/1505108386260121/>

de.sputniknews.com: **Trump-Berater in München auf Konfrontationskurs gegenüber Russland**

Tilo Gräser

Der Nationale Sicherheitsberater des Weißen Hauses, Herbert R. McMaster, hat in München neue Vorwürfe gegen Moskau präsentiert und alte wiederholt. Vorschläge für ein besseres Verhältnis zu Russland hat er nicht im Gepäck gehabt. Dafür meinte er ernsthaft, neue US-Atomwaffen sichern den Frieden.

Um die Beziehungen des Westens und dessen führender Macht USA zu Russland bleibt es weiter nicht gut bestellt. Das hat der Auftritt von US-General Herbert R. McMaster bei der Münchner Sicherheitskonferenz (MSK) am Samstag gezeigt. Er ist der Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump. Er meint: Russland bedroht den Westen

unter anderem mit seiner angeblichen Subversion.

McMasters Rede auf der MSK enthielt keinerlei Anzeichen, dass die US-Außenpolitik sich ansatzweise grundsätzlich ändern könnte. Dafür beschrieb er nicht nur „Schurkenregimes, die die Welt bedrohen“, und dschihadistische Kräfte als Gefahr für die „gesamte Menschheit“. Er zählte dazu auch „revisionistische Mächte, die die Stabilität der internationalen Ordnung seit dem Zweiten Weltkrieg in Frage stellen durch militärische Stärke und andere böartige Formen von Aggression“.

Drohungen gegen Damaskus und dessen Unterstützer

Wen er meinte, zeigte sich unter anderem, als er damit drohte, die Unterstützer der syrischen Regierung wie diese selbst zur Verantwortung zu ziehen. Das sei nötig, weil das „Assad-Regime“ im April 2017 erneut Chemiewaffen eingesetzt habe, behauptete McMaster ohne Beweise dafür. Russland unterstützt die syrische Regierung im Kampf gegen jene inneren und äußeren Kräfte, die das Land zerstören wollen.

Ähnlich tönte der General aus dem Weißen Haus, als er sagte, die internationalen Organisationen, die für Frieden und Zusammenarbeit sorgen sollen, würden derzeit bedroht – „von Nationen, die den eigentlichen Existenzgrund dieser Organisationen unterwandern“. Einige der „ungeheuerlichsten Verbrecher, die gegen die Menschenrechte verstoßen haben“, würden im UN-Sicherheitsrat sitzen. Namen nannte McMaster auch hier nicht.

Der Räuber ruft: „Haltet den Dieb!“

Dafür beklagte ausgerechnet der US-Vertreter, dass es aktuell „nicht besonders viel Respekt für Souveränität auf der Welt“ gebe. Einige der gefährlichsten Formen von Aggressionen seien nicht militärischer Art. „Repressiven revisionistischen Mächten“ dürfe nicht erlaubt werden, das Vertrauen in die westlichen Prinzipien zu zerstören.

Wen er konkret meinte, zeigte McMaster in seiner Antwort auf eine Frage von Konstantin Kossatschew, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des russischen Föderationsrates. Dieser zitierte russische Experten, laut denen 28 Prozent aller Angriffe auf IT-Systeme Russlands US-Ursprungs seien. Dagegen seien nur zwei bis drei der Angriffe auf US-IT-Systeme russischen Ursprungs. Kossatschew fragte auch nach den Chancen für den von Russland vorgeschlagenen Dialog mit den USA zur Cyber-Sicherheit.

Harte Vorwürfe gegen Moskau

Der US-General erklärte darauf, er sei überrascht, dass russische Cyber-Experten Zeit für solche Analysen haben. Sie seien doch damit beschäftigt, den Westen zu bedrohen, meinte er ernsthaft zu Kossatschew. Washington sei nicht gegen den Dialog, aber den gebe es erst, „wenn Russland versucht, die sehr fortgeschrittene Art der Spionage einzuschränken, eine moderne Form der ‚Moskorowka‘“.

McMaster warf Russland zudem vor, die Gesellschaften der USA und des Westens zu polarisieren. Dafür würden rechte Gruppen unterstützt, „auch die extremsten Formen des Faschismus und Gruppen auf dem ganz linken Spektrum“. Es werde versucht, westliche Gesellschaften gegeneinander aufzuwiegeln.

Der Trump-Berater verkündete, dass „alle politischen Maßnahmen“ ergriffen würden, um gegen die „russische Subversion“ vorzugehen. Diese bringe auch die Parteien der Republikaner und Demokraten in den USA zusammen, die bei anderen Themen zerstritten seien.

Neue US-Atomwaffen für alte Abschreckung

Der US-General wiederholte auch Vorwürfe an Moskau, den INF-Vertrag zur Begrenzung nuklearer Mittelstreckenwaffen zu verletzen. Die eigene Entwicklung von neuen US-Atomsprenköpfen geringerer Reichweite widerspreche dem dagegen nicht. Russland nehme hingegen „ganze Länder in Geiselhaft“. Deshalb hätten die USA ihr Abschreckungspotenzial wieder ausgebaut – „mit dem Ziel, die Gefahr einer nuklearen Auseinandersetzung wieder zu reduzieren“.

Zuvor hatte McMaster sich als Prediger des „Glaubens an die Prinzipien, die unsere Nation

stark gemacht haben, die den weltweiten Wohlstand gestärkt haben und einen Konflikt zwischen den Großmächten seit 70 Jahren verhindert haben“, gegeben. Auf dem Weg in eine „hoffnungsvolle, strahlende, vielversprechende Zukunft“ sieht er noch Hindernisse. Dazu zählte er „Schurkenstaaten“ wie Nordkorea und Syrien sowie den Iran, aber auch Kämpfer des „Islamischen Staates“, die weiter verfolgt würden.

Fehlansage: Vorschläge für mehr Vertrauen

Der Nationale Sicherheitsberater des Weißen Hauses forderte von anderen Staaten, die diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea einzuschränken. Ebenso solle die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit iranischen Unternehmen, die mit den „Revolutionsgarden“ verbunden seien, eingeschränkt werden. Es gehe darum, „unsere Lebensart durch gemeinsames Handeln zu erhalten.“ McMaster ergänzte: „Wir sind nur so stark wie das Vertrauen in unsere Werte, unseren Stolz, unser Erbe und unsere Entschlossenheit, unseren Teil zum Frieden beizutragen.“

Angebote und Vorschläge, gemeinsam für ein besseres Verhältnis zu Russland und mehr Vertrauen in diesem zu wirken, waren von dem US-General nicht zu hören.

abends:

de.sputniknews.com: Lawrow: Geschichte bestraft Unkenntnis ihrer Lehren.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat am Samstag auf der Münchner Sicherheitskonferenz (MSK) gesagt, dass einige EU-Länder immer noch Helfershelfer der NS-Verbrechen ehrten und diese als Befreier Europas identifizierten. Die Geschichte wird ihm zufolge jene bestrafen, die ihre Lehren nicht kennen.

„In einigen Ländern im Norden Europas werden Umzüge zu Ehren von Neonazis und deren Symbolik durchgeführt. In der Ukraine ist das Emblem von ‚Asow‘ (Freiwilligenbataillon, das an den Kampfhandlungen gegen die Volksmilizen im Donbass beteiligt war – Anm. d. Red.) an SS-Symbole angelehnt“, betonte Lawrow.

Ebenso gehörten die Forderungen, in Schulen nicht die Sprachen der nationalen Minderheiten zu unterrichten, das Verbot für unerwünschte Medien sowie Überfälle auf russisch-orthodoxe Kirchen zu den Merkmalen des Nationalsozialismus.

„Wie der bekannte russische Historiker Wassili Kljutschewski sagte, bestraft die Geschichte die Unwissenheit ihrer Lehren“, so der Chefdiplomat.

Darüber hinaus verwies Lawrow darauf, dass gerade in München Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland im Jahr 1938 ein Abkommen über die Aufteilung der Tschechoslowakei geschlossen hatten. Die Vereinbarung hatte laut ihm als Präambel für den Beginn des Zweiten Weltkrieges gedient.

Während der Nürnberger Prozesse hätten außerdem führende Vertreter des Dritten Reiches ihr Komplott mit dem Wunsch begründet, Russland zu verdrängen.

„Diese Erinnerungen sind besonders besorgniserregend, wenn man sie mit den jetzigen Realien, den Versuchen vergleicht, die historische Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg zu fälschen“, so Lawrow.

Die Münchner Sicherheitskonferenz findet vom 16. bis zum 18. Februar statt.